Ollig: „Für Bürger ins Rübental"

LL NACKENHEIM. „Wir haben nicht blockiert!" Nackenheims Bürgermeister Günter Ollig bleibt auch nach der ersten Hauptverhandlung vor dem Mainzer Amtsgericht bei seiner Auffassung, keine Lkws an der Ein- oder Ausfahrt zum Rübental gehindert zu haben (wir berichteten).

Nach einer Protestaktion am 18. April 1989 hatte die Mainzer Staatsanwaltschaft Ollig der Nötigung angeklagt, als der Bürgermeister mit Gleichgesinnten gegen Erdablagerungen der Baufimra Karry in dem Tal bei Nackenheim demonstrierte. Zunächst bekam Ollig einen Strafbefehl über 2000 Mark zugeschickt. Die Zahlung lehnte er ab. „Die Staatsanwaltschaft wollte mich zum Anführer der Aktion machen - das war ich aber nicht." Ebensowenig Verständnis zeigte Ollig dafür, daß der Staatsanwalt die Nackenheimer SPD-Fraktion beschuldigen wollte. Denn obwohl die Presse informiert wurde, hätten die Protestierer keine Propaganda-Aktion im Sinn gehabt: „Die Bürger sind es, für die ich ins Rübental gegangen bin", sagte Ollig gestern gegenüber der MRZ.